

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis	13
Einführung	15
Teil 1: Die durch die Beneš-Dekrete verfügten Enteignungs- maßnahmen aus Sicht des Völkerrechts	19
A. Völkerrechtswidrigkeit von Enteignungsmaßnahmen aufgrund der Beneš-Dekrete	19
B. Vertreibungs- und Enteignungsmaßnahmen als Verstoß gegen zwingende Normen des Völkerrechts	22
1. Begriff und Wesen des völkerrechtlichen ius cogens	22
2. Innerstaatliche Rechtsanwendung und völkerrechtliches ius cogens	22
3. Zur Inhaltsbestimmung des völkerrechtlichen ius cogens	23
a) Der Begriff des international crime	23
b) Der Begriff der international public order	24
c) Der Begriff der völkerrechtlichen Pflichten erga omnes	25
d) Ergebnis	26
4. Die durch die Beneš-Dekrete verfügten Vertreibungs- und Enteignungsmaßnahmen als Verstoß gegen ius cogens	26
a) Vertreibung als Verletzung zwingenden Völkerrechts	26
b) Entschädigungslose Enteignung als Verstoß gegen ius cogens	29
c) Vertreibung und Enteignung als rechtlich einheitlicher Vorgang	29
d) Vertreibung und Enteignung als Völkermord	31
C. Rechtsfolgen aus der Völkerrechtswidrigkeit der Enteignung und Möglichkeiten ihrer Regulierung	35
1. Allgemeine Haftungsprinzipien und spezifische Rechtsfolgen aus dem Verstoß gegen ius cogens – Betrachtung der Ausgangsrechtslage	35
a) Individuelle völkerrechtliche Position der Enteigneten	35
aa) Unwirksamkeit der Enteignungen wegen Verstoßes gegen ius cogens	36
bb) Kein Verlust der Rechtsposition durch die Konfiskationen	37
cc) Geltendmachung der Ansprüche aus dem Eigentum durch den Schutzstaat	38
dd) Anspruchsinhalt	38

b)	Parallel bestehender Deliktsanspruch der Bundesrepublik Deutschland als Schutzstaat	39
c)	Übergang von der Naturalrestitution zur Geldleistung?	39
d)	Die Ausgangsrechtslage im Überblick	41
e)	Verhältnis von mediatisierter und nichtmediatisierter Rechtsposition	42
2.	Grundsätzliche Gestaltungsmöglichkeiten der Ausgangslage bei „einfachem“ Verstoß gegen Völkerrecht	43
a)	Verzicht auf materielle Rechtspositionen durch „Anerkennung“ der Konfiskationen	43
b)	Verzicht auf die Geltendmachung materieller Positionen durch völkerrechtliche Verpflichtung	44
3.	Besonderer Unrechtsgehalt der Enteignungen als grundsätzliche Einschränkung der Gestaltungsmöglichkeiten am Beispiel sog. lump-sum-agreements	44
a)	Staatenpraxis und Regelungsinhalt von lump-sum-agreements	44
b)	Möglichkeit eines lump-sum-agreements in der Frage der Konfiskationen	45
aa)	Das Problem der Abschlußquittung und die Bestätigung der Konfiskationen	46
bb)	Der Verstoß gegen ius cogens	46
4.	Völkerrechtliche Überlegungen zu einem Ausgleich in den Vermögensfragen	47

D.	Haftungsrechtliche Auswirkungen des Untergangs der Tschechoslowakei	48
-----------	--	-----------

E.	Verjährung	49
-----------	-------------------------	-----------

Teil 2:	Vertreibung und Enteignung am Maßstab der Europäischen Menschenrechtskonvention und des UN-Pakts über bürgerliche und politische Rechte	51
----------------	--	-----------

A.	Die Garantien der EMRK und ihre Bedeutung für die Vermögensfrage	51
1.	Die einschlägigen Bestimmungen im Rahmen der EMRK	51
2.	Die Bindung der Tschechischen Republik im Rahmen der EMRK	52
3.	Intertemporalrechtliche Überlegungen	52
a)	Begriffsklärung	52
b)	Die Bedeutung der eingeschränkten Unterwerfung der Tschechischen Republik unter die EMRK-Gerichtsbarkeit	53
aa)	Eingeschränkte Unterwerfung unter die EMRK- Gerichtsbarkeit pro futuro	53
bb)	Verfahrensrechtliche Wirkung der eingeschränkten Unterwerfung	53

cc)	Geltung der EMRK-Garantien als innerstaatliches Recht in der Tschechischen Republik	54
dd)	Materiell-rechtliche Einhaltung der EMRK-Garantien und politische Bewertung der Europareife der Tschechischen Republik	55
c)	Festlegung eines ratione temporis geeigneten Prüfungsgegenstands	55
aa)	Keine Rückwirkung der EMRK	55
bb)	Anwendbarkeit der EMRK auf „offene Sachverhalte“	56
cc)	Punktualität der Konfiskationen oder „Offener Sachverhalt“?	57
dd)	Die Einwirkung des Verstoßes gegen ius cogens	57
ee)	Ergebnis	58
4.	Überblick über die Reprivatisierungs- und Privatisierungsgesetzgebung in der postkommunistischen Tschechoslowakei	59
5.	Untersuchung anhand von Art. 14 EMRK in Verbindung mit Art. 1 des 1. Zusatzprotokolls zur EMRK	61
a)	Sachlicher Anwendungsbereich	61
b)	Reprivatisierungsgesetzgebung als Ungleichbehandlung	63
aa)	Ansatzpunkte für Ungleichbehandlung im Rahmen der Reprivatisierungsgesetzgebung	63
bb)	Das ratione-temporis-Problem hinsichtlich der Reprivatisierungsgesetzgebung	63
c)	Vergleichbarkeit der Sachverhalte	64
d)	Ungleichbehandlung aus unsachlichen Gründen	64
aa)	Willkürverbot in Art. 14 EMRK	64
bb)	Unzulässige Differenzierung im Rahmen der Restitutionsgesetzgebung	65

B.	Art. 26 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte	67
1.	Die Bindung der Tschechischen Republik an den IPBPR	67
2.	Prüfung des Art. 26 IPBPR	67
a)	Sachlicher Anwendungsbereich und Wirkungsweise	68
b)	Das ratione-temporis-Problem	68
c)	Verbotene Diskriminierung durch Beschränkung des Unrechtsausgleichs auf kommunistische Enteignungen bzw. auf Opfer mit tschechischer Staatsbürgerschaft?	69
d)	Ergebnis	70

**Teil 3: Die rechtliche Ausgangslage in der Bundesrepublik
Deutschland hinsichtlich des Vertriebenenvermögens 71**

A. Die Anerkennung der Eigentumsverluste nach internationalem Kollisionsrecht	71
1. Vorbemerkung zum internationalen Verwaltungs- und Internationalen Privatrecht	71
2. Die Frage der Anerkennung der Enteignungen im deutschen Recht	72
a) Das Territorialitätsprinzip und seine allgemeine kollisionsrechtliche Bedeutung	72
b) Konturierung einer Kollisionsnorm im Falle des Vertriebenen- vermögens unter Berücksichtigung der völker- und verfassungs- rechtlichen Vorgaben	73
aa) Vorüberlegung	73
bb) Bedeutung der ordre-public-Klausel im internationalen Enteignungsrecht	73
cc) Einfluß des Völkerrechts auf die kollisionsrechtliche Wertung	74
dd) Einwirkung des Verstoßes gegen ius cogens	75
ee) Grundgesetzliche Vorgaben für die Konturierung einer Kollisionsnorm	76
ff) Notwendigkeit eines hinreichenden Inlands- und Gegenwartsbezugs?	77
gg) Ergebnis	79
B. Die Anerkennung tschechischer konfiskationsunabhängiger Erwerbstatbestände im deutschen Recht	79
1. Relevante Konstellationen nach dem tschechischen Recht	79
2. Die international-kollisionsrechtliche Grundregel	80
3. Konturen einer Kollisionsregel im Falle der Weiterveräußerung ehemaligen Vertriebenenvermögens	81
a) Methodischer Ansatz: Art. 6 EGBGB	81
b) Rechtlich relevante Zusammenhänge zwischen Konfiskation und Dritterwerb	82
aa) Enteignung und Erwerb aufgrund der Beneš-Dekrete selbst	82
bb) Erwerb vom Staat	83
cc) Erwerb von Privaten	83
dd) Ergebnis	83
c) Konsequenzen für die Handhabung des ordre public im einzelnen	84
aa) Enteignung und Erwerb aufgrund der Beneš-Dekrete selbst	84
bb) Andere Fälle des Erwerbs	84
cc) Ergebnis	85

C. Art. 14 GG als Grenze für die auswärtige Gewalt bei der Gestaltung der Völkerrechtslage in der Frage des Vertriebenenvermögens	85
1. Potentiell eigentumsrelevantes Verhalten der auswärtigen Gewalt und seine Einordnung im Rahmen der Dogmatik des Art. 14 GG	85
a) Auf Beendigung individueller materieller Rechtspositionen gerichtetes zwischenstaatliches Handeln und der status negativus	86
b) Die materielle völkerrechtliche Position der Bundesrepublik Deutschland als Schutzstaat	87
c) Einwirkung auf die verfahrensrechtliche Position der Bundesrepublik Deutschland nach dem Völkerrecht und status positivus	87
d) Rechtliche Dimension zwischenstaatlicher Handlungsformen im innerstaatlichen Recht	89
2. Eröffnung des Schutzbereichs des Art. 14 GG im Falle des Vertriebenenvermögens	89
a) Klarstellung: Grundrechtsschutz bei Auslandseigentum an Immobilien	89
b) Das intertemporale Problem	91
c) Grundrechtstatbestand	92
aa) Individualrecht und Mediatisierung im Völkerrecht	92
bb) Die Bedeutung der Durchsetzbarkeit der individuellen Rechtsposition für die Eröffnung des Schutzbereichs	93
cc) Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	94
dd) Der Einfluß des Verstoßes gegen ius cogens	95
ee) Der Aspekt der Menschenwürde	96
ff) Ergebnis	96
3. Die Bedeutung des Prinzips der verfassungskonformen Auslegung völkerrechtlicher Rechtsgeschäfte	96
4. Die spezifischen rechtlichen Vorgaben für die Ausübung diplomatischen Schutzes und Berührungspunkte zu Art. 14 GG als Abwehrrecht	97

Teil 4: Die deutsch-tschechische Erklärung vom 21. Januar 1997 und die europäische Integration der Tschechischen Republik als Perspektive für die Lösung der Vermögens- und Heimatfrage

A. Die deutsch-tschechische Erklärung vom 21. Januar 1997 und ihre Bedeutung für die offene Vermögensfrage	101
1. Vorbemerkung	101
2. Die Rechtsnatur der deutsch-tschechischen Erklärung	102
3. Der für die Vermögensfrage relevante Inhalt der deutsch-tschechischen Erklärung	103
a) Völkerrechtliche Implikationen	103
b) Fragen des Internationalen Privatrechts	104

c) Ergebnis	105
4. Minderheitenschutz und Recht auf die Heimat	106
B. Die europäische Integration als Lösungsperspektive für die Vermögens- und Heimatfrage	107
1. Einwirkung des Gemeinschaftsrechts auf die tschechische Rechtslage in bezug auf das Vertriebenenvermögen	107
a) Konfiskationsregelungen und Gemeinschaftsrecht	107
aa) Prinzip des Anwendungsvorrangs als Kollisionsnorm	107
bb) Die Bedeutung des Art. 222 EGV	108
cc) Das racione-temporis-Problem	108
b) Privatisierung in der Tschechischen Republik und Gemeinschaftsrecht	109
c) Eigentumsschützende Bedeutung des Assoziierungsabkommens zwischen EU und Tschechischer Republik	112
2. Anspruchsbegründende Wirkung gemeinschaftsrechtlicher Bestimmungen zugunsten der Vertriebenen als Ausgleich für völkerrechtliches Unrecht?	113
a) Wiedergutmachung der Enteignungen durch Restitutionsansprüche gegenüber dem tschechischen Staat	113
b) Herausgabeansprüche gegen Neueigentümer	113
c) Unionsbürgerschaft und Verwirklichung des Rechts auf die Heimat	114
3. Verbesserung der vermögensrechtlichen Position durch gemeinschaftsrechtlich eröffnete Rückerwerbsmöglichkeiten im Rahmen der Grundfreiheiten	116
a) Niederlassungsfreiheit (Art. 52 ff. EGV)	117
aa) Grunderwerb unmittelbar zu Zwecken der Erwerbstätigkeit	117
bb) Grunderwerb zu privaten Wohnzwecken im Zusammenhang mit einer Erwerbstätigkeit	118
b) Dienstleistungsfreiheit (Art. 59 ff. EGV)	119
c) Freizügigkeit (Art. 48 ff. EGV)	119
4. Die Unionsbürgerschaft als Grundlage für die Möglichkeit zum Rückerwerb	120
5. Die aktuelle Rechtslage nach dem Assoziierungsabkommen	120
C. Grundrechtsschutz des Vertriebenenvermögens im Lichte der Europäischen Integration und der deutsch-tschechischen Erklärung	121
Zusammenfassung und Ausblick	123

Dokumentenanhang	125
I. Deutsch-tschechische Beziehungen	125
1. Auszug aus dem Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik vom 27. Februar 1992 mit Briefwechsel	125
2. Deutsch-tschechische Erklärung über die gegenseitigen Beziehungen und deren künftige Entwicklung vom 21. Januar 1997 mit Briefwechsel	130
3. Motivenbericht der tschechischen Regierung vom 21. Januar 1997 zur deutsch-tschechischen Erklärung vom 17. Dezember 1996	139
4. Noten der USA, Großbritanniens und Rußlands zu Art. XIII des Potsdamer Abkommens vom 14. Februar 1996 sowie Wortlaut des Art. XIII	144
U.S. Statement on Potsdam Conference	144
The British Government's view of the Potsdam Agreement	145
Note der russischen Regierung	145
Wortlaut des Art. XIII des Schlußkommuniqués der Konferenz von Potsdam vom 2. August 1945	145
II. Vertreibung und Recht auf die Heimat	146
1. Draft Declaration on Population Transfers and on the Implantation of Settlers (February 1997)	146
Entwurf einer Erklärung über Bevölkerungstransfers und die Siedhaftmachung von Siedlern (Februar 1997)	149
2. Auszug aus dem Zwischenurteil des IGH vom 11. Juli 1996	151
III. Diplomatischer Schutz	152
1. Auszug aus dem Urteil des OVG Münster vom 26. September 1996	152
2. Auszug aus dem Kammerbeschluß des BVerfG vom 5. Juni 1992 zum Zustimmungsgesetz zu den deutsch-polnischen Grenzbestimmungsvertrag 2 BvR 1613/91 u. a.	156
Literaturverzeichnis	163